Nr. 69. Berlin, Sonntag, den 22. März 1857.

Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 2 Rt. 15 Sgr., mit Botenlohn 2 Rt. 22½ Sgr. — Für ganz Preußen, mit Postzuschlag: 3 Rt. — Für ganz Deutschland: 3 Rt. 15½ Sgr. — Die einzelne № wird mit 2½ Sgr. berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Nr. 69. Berlin, Sonntag, den 22. März 1857.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: Deßauer-Straße № 5. und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfgespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Canzlei-Inspector bei dem Ostpreußischen Tribunal zu Königsberg, Canzleirath Floegel, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Fleischermeister Joseph Karmolinski zu Posen die Rettungs-Medaille am Bande; ferner

Dem Dom-Capitular und Professor Dr. Reinke zu Münster die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Oldenburg Königl. Hoheit ihm verliehenen Klein-Kreuzes vom Haus- und Verdienst-Orden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu ertheilen, und

Dem Regierungs-Haupt-Kassen-Buchhalter Consbruch zu Arnsberg den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Dem Lehrer Raebel in Berlin ist unter dem 17. März 1857 ein Patent

auf einen durch Modell und Beschreibung nachgewiesenen und als neu und eigenthümlich erkannten Federhalter, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken,

auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preußischen Staats ertheilt worden.

Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Die Berufung des Candidaten des höheren Schulamts Dr. C. J. W. Zerlang zum ordentlichen Lehrer am Gymnasium in Sorau ist genehmigt worden.

Ueber das Bedürfniß neuer Steuern

wurde gestern (Freitag) bei den Abgeordneten die allgemeine Debatte fortgesetzt. Den Vorsitz führte der Vice-Präsident Abg. v. Arnim (Neustettin). Zuerst erhielt das Wort der

Abg. v. Blanckenburg: M. H.! Auch ich stehe auf dem Standpunkt, der in der gestrigen Debatte hier schon mehrfach von meinen politischen Freunden vertheidigt ist, und der in dem Bericht Ihrer Commission von der Majorität eingenommen ist, nämlich auf dem Standpunkte, daß ich die dreijährige Präsenzzeit als ein nothwendiges und dringendes Bedürfniß des Heeres anerkenne. Ich kann nicht mit Herrn v. Patow gehen, der dies bestritten hat und der uns hier gestern einen Vortrag hielt, in dem er nachzuweisen suchte, daß auch mit der zweijährigen Dienstzeit die Armee wohl allen ihren Pflichten nachkommen könne, die das Vaterland von ihr erwarte. Ich befinde mich insofern allerdings auf demselben Standpunkte, den der Abg. v. Patow eingenommen hat, daß ich mich dieser Frage gegenüber auch als einen Laien ansehen muß und es wird mir nicht einfallen, ein competentes Urtheil darüber selbst in Anspruch nehmen zu wollen, ich werde indessen dem Vorgange des Hrn. Abg. v. Patow folgen und werde mich, wie er sich auf einen Artikel der Wehrzeitung bezogen hat, auf einen andern Artikel beziehen, den Sie abgedruckt finden in einer Beilage der Neuen Preußischen Zeitung, geschrieben von einem Soldaten, in der Beilage zu Nr. 61 dieser Zeitung. Daß dieser Artikel von einem Soldaten geschrieben ist, sehen Sie auf den ersten Blick. Es spricht aus demselben eine Sachkunde und eine Wärme, die selbst einen Laien in Bezug auf das Technische vollkommen überzeugen kann. Mir ist daraus klar geworden, daß das Bedürfniß ein dringendes und unabweisbares ist, ich entnehme daraus, daß wohl in 2 Jahren Leute nothdürftig ausexercirt werden können, daß aber nur in 3 Jahren ein wirklicher Soldat ausgebildet werden kann. Die Autoritäten, auf die der Artikel in der Kreuzzeitung sich bezieht, sind, glaube ich, solche, die Sie von dieser Seite (auf die Linke deutend) vollkommen anerkennen werden. Sie finden darin die Namen v. Griesheim, v. Boyen und Sr. Majestät Friedrich Wilhelm III. Ich glaube, diese Autoritäten werden Sie stehen lassen und werden mir, so weit Sie ebenfalls Laien sind, sich diesem Urtheil unterwerfen und nicht bestreiten, daß Preußen Soldaten nöthig hat und daß der Staat Friedrich des Großen wohl disciplinirter Soldaten dringend bedarf. Desgleichen erkenne ich an, daß die Noth der Beamten wenigstens so weit hinlänglich constatirt ist, daß ihre Abhülfe unumgänglich nothwendig ist. Ich habe im vorigen Jahre den Kleist-Tychow'schen Antrag unterschrieben und ich würde ihn, meine Herren, in diesem Jahre nicht einmal, sondern zweimal unterschreiben nach denjenigen Erörterungen, die über diese Frage in der Commission gemacht sind, ja ich möchte noch hinzufügen, ich finde es nothwendig, daß dieser Noth, so weit sie anerkannt ist, und so weit sie sich beschränkt auf die im v. Kleist-Tychow'schen Antrag bezeichneten Kategorieen, nicht im Jahre 1858, sondern bereits 1857 abgeholfen werden müßte. Ich bin indeß nicht der Meinung, daß hierzu neue Steuern nothwendig sind. Ich finde in den Reden, die bereits gestern hier gehalten sind, Hinweise genug, auf welche Art und Weise diesem Bedürfnisse genügt werden könnte, und wenn Sie den Bericht der Commission über die Denkschrift genau ansehen, so werden Sie finden, daß dort ebenfalls hinlängliche Mittel nachgewiesen sind, mit denen das Ministerium dieser Noth abhelfen könnte. Ich will mich darauf hier nicht weiter einlassen, ich habe principiell Gründe, aus denen heraus ich gegen die Steuer-Vorlagen mit einem Nein votiren werde und bitte Sie, meine Herren, daß Sie diesen meinen principiellen Erörterungen ein geneigtes Gehör schenken wollen. Es ist eine allgemeine Beschuldigung, daß der moderne Constitutionalismus den Staat nach zwei Richtungen hin gefährdet. Die Erfahrung aller Länder und Völker soll beweisen, daß 1) die Zerrüttung der Finanzen durch Vermehrung der Steuern und Staatsschulden und 2) die Stärkung der Bureaukratie, die Vermehrung der Centralisation und die Absorbirung jedes organischen, ständischen Selbstregiments eine nothwendige Folge der modernen Repräsentativ-Verfassung sei. Eine schwere Beschuldigung; aber eine Beschuldigung, die in allen Klassen der Bevölkerung, in allen Theilen des Landes immer mehr und mehr an Gewicht zunimmt und die immer mehr und mehr die Meinung aufkommen läßt, die wir auch gestern von dem ersten Herrn Redner, der auf dieser Tribune stand, aussprechen hörten, daß man die Errungenschaften der letzten zehn Jahre verwünscht und sich zurücksehnt nach den Fleischtöpfen des Absolutismus. Ich theile diese Beschuldigungen und Befürchtungen nicht in dem Maße, ich bin noch nicht so fest davon überzeugt, daß sowohl die Finanzzerrüttung, als die schädliche überhandnehmende Bureaukratie eine unabweisliche Folge unserer modernen Repräsentativ-Verfassung wäre, indessen kann ich nicht leugnen, daß die letzten Jahre und besonders die Erfahrung dieser Session mich zweifelhaft und mehr zweifelhaft gemacht haben, ob die jetzige Repräsentativ-Verfassung, so wie wir sie das Glück haben zu genießen, noch lange haltbar ist. Jedenfalls gewinnt das Glaubensbekenntniß unseres Freundes, des Hrn. v. Zedlitz-Leipe, immer mehr und mehr Anhänger auch in diesem Hause. Meine Herren, man hat mit Recht gerühmt, daß es in Preußen einer starken Regierung gelungen ist ohne Staatsstreich die Revolution, die von der Straße auf die Tribune und in die Minister-Hotels gedrungen war, zu bewältigen, man hat mit Recht gerühmt, daß es einer starken Regierung gelungen ist, die Verfassungs-Urkunde in der Art zu revidiren, daß man damit möglichst gut regieren kann; man hat mit Recht gerühmt, daß das November-Ministerium im Vereine mit den conservativen Mitgliedern die Armee vor dem Eide geschützt haben, man hat mit Recht gerühmt, daß es der Reaction auf verfassungsmäßigem Wege gelungen ist, so weit zum Siege zu kommen, daß dadurch das Ansehen Preußens im Auslande nicht im mindesten verloren hat; um es kurz auszudrücken, man hat mit Recht gerühmt, daß die Tribune mit der Tribune besiegt ist, daß die Gefahren der Tribune durch die Vortheile derselben aufgewogen worden sind! Aber was hilft dies alles, es ist das alles eiteler Ruhm und verfällt dem Urtheil, welches jedem Eigenlobe zukommt, um so mehr, wenn wir jetzt die Hände in den Schooß legen wollten und unterlassen, das zu thun, was vielleicht auf diesem Gebiete das Schwerste ist, nämlich, daß wir eine conservative Opposition machen gegen eine zunehmende Finanzverwirrung, daß wir den Staat bewahren vor drückenden neuen Steuern und vor der Zunahme der Staatsschuld. Deshalb, m. H., bitte ich Sie, mit mir zu stimmen, weil ich glaube, daß auf dem Wege, den ich Ihnen vorschlage, für jetzt einzig und allein dies zu erreichen ist. Aber Sie werden mir verwerfen, daß ich Ihnen vielleicht ein viel zu heroisches Mittel vorschlage, und daß der Zweck, den ich erreichen will, weit über das Ziel hinausgeht, welches ich mir gesteckt habe. Ich bitte Sie daher, mit mir einen Blick auf die Gefahren zu werfen, welche ganz im Allgemeinen — ich rede jetzt nicht von unsern Verhältnissen — sich an jede constitutionell-moderne Repräsentations-Verfassung knüpfen. Wollen Sie erwägen, daß ein Ministerium, welches auf diese Weise das Land regiert, bei den Wahlen sich durchaus auf eine Partei stützen muß. Es bedarf ein derartiges Ministerium einer zustimmenden Majorität, und ich erinnere Sie an England, Frankreich und andere Länder, erwägen Sie, welche Mittel dort angewandt werden, um diese Majorität im Hause zu bekommen. Ich bin weit entfernt, unser Staatsministerium irgendwie zu beschuldigen, daß es bisher, um diesen Zweck, zustimmende Vota zu erhalten, zu erreichen, die Mittel dazu nicht scharf genug ins Auge gefaßt hätte. Sie wissen, daß ich im vorigen Jahre offen dem Antrage des Grafen Schwerin entgegen getreten bin, und ich stehe noch heute auf demselben Standpunkte; indessen, m. H., ich erinnere Sie daran, daß das Factum nicht abzuläugnen ist, daß der Antrag gestellt werden konnte, und daß hier einige Karten über Posensche Wahlbezirke vorgezeigt werden konnten. Erwägen Sie ferner, daß wenn auf diese Weise ein Haus componirt ist — ich wiederhole, daß ich nicht von diesem Hause rede, und hoffe, damit jeder Anfeindung vorgebeugt zu haben und nicht etwa nachher nöthig zu haben, durch persönliche Bemerkungen den Standpunkt nochmals zu bezeichnen, auf dem ich jetzt stehe, ich weiß, daß hier nur selbständige Mitglieder sitzen, die sich nicht beirren lassen durch Popularität weder nach oben, noch nach unten — erwägen Sie also, daß eine so componirte Versammlung, welche für die Regierung die Majorität bildet, alle Ursach hat, die Wünsche der Regierung zu befriedigen, namentlich, um auch ihre Wünsche befriedigt zu sehen und vor allen Dingen, um nicht etwa durch verfassungsmäßige Mittel in eine immerhin etwas unangenehme Lage versetzt zu werden. Ich bin weit entfernt, zu glauben, daß ein Ministerium in Preußen je mit derartigen verfassungsmäßigen Mitteln operiren würde, und namentlich könnte ich mir nie denken, daß das Ministerium, von dem wir die Ehre haben regiert zu werden, jemals mit derartigen verfassungsmäßigen Mitteln gegen die Mitglieder dieses Hauses operiren wolle, welche immer bereit gewesen sind, dasselbe auf allen Wegen zu unterstützen. Ich habe deshalb eine gestern citirte Bemerkung, welche der Herr Handelsminister in der Commission gemacht hat, nicht so tragisch auffassen können, wie es von mancher Seite geschehen ist; indessen hat mich diese Aeußerung doch bewogen, darüber nachzudenken, was zu andern Zeiten und in andern Ländern wohl für verfassungsmäßige Mittel angewendet worden sind. Was diejenigen Mittel anbetrifft, die auch in unserem Vaterlande gegen renitente Stände etwa angewendet worden sind, so überlasse ich es vielleicht bei Gelegenheit einer Grundsteuerdebatte dem Herrn Reichensperger, diese vorzuführen. Mich aber hat besonders ein verfassungsmäßiges Mittel erschreckt, daß ein Herzog von Mecklenburg angewandt haben soll, um ein zustimmendes Votum seiner renitenten Stände zu erzielen: er hat die Thüren und Fenster in dem Sitzungssaale zunageln und so lange einheizen lassen, bis einige Mitglieder dem Tode nahe waren und sich die Versammlung gefügig zeigte, seinen Wünschen beizutreten. Bei der unerträglichen Hitze, die oft in diesem Hause herrscht, ist mir nun bei meinem mißtrauischen Charakter der Gedanke gekommen, ob das Einheizen hier vielleicht auch auf höhere Veranlassung geschehen sollte. (Heiterkeit.) Erwägen Sie ferner, wie in einem derartig regierten Lande die Geldbedürfnisse steigen müssen. Eine Revolution ist theuer, und jede neue Organisation kostet Geld. Auch auf die Gefahr muß ich hindeuten, daß auf eine Versammlung von 352 Mitgliedern die Pflicht und die Last, Steuern zu bewilligen, wenigstens doch zum größten Theil gewälzt ist, auf die Gefahr, welche darin liegt, daß die Majorität einer solchen Versammlung schon seit Jahren gewohnt ist, mit dem Ministerium, im Gegensatz zu gewissen andern Partreien zu stimmen. Haben wir nicht gestern erst gehört, daß sogar der Patriotismus dieser Majorität für die Bewilligung neuer Steuern angerufen ist? Sie werden sagen, alle diese Gefahren, daß die Steuern und Staatsschulden zunehmen, treffen bei uns nicht zu. Ich kann nicht leugnen, daß die Darstellungen von unseren Finanzzuständen, die in Ihrer Commission, namentlich von einem Mitgliede der linken Seite dieses Hauses und dann auch von der Majorität der Commission und gestern von einem Mitgliede meiner speciellen Partei hier gemacht worden sind, nicht so grell zu sein scheinen, daß man Besorgnisse deswegen zu haben brauchte. Ich gebe diesen Herren Recht und stehe im Wesentlichen auch auf dem Standpunkte. Indessen, das sind sachverständige Herren und ich bin Laie, und deshalb gestatten Sie mir, vom Standpunkte des Laien aus einen Blick auf unsere Finanzen zu werfen. In der Denkschrift Nr. 31 der Drucksachen, fol. 11, tritt das Ministerium den Beweis an, daß die Steuervermehrung seit 1842 bis zum Jahre 1857 8,639,685 Thlr. betragen habe, und damit nur eine Mehrbesteuerung von 2 Sgr. 7 Pf. mehr als 1842 auf den Kopf der Bevölkerung käme. Erwägen Sie, ob dies ein günstiges Resultat ist! Es sind jedenfalls 7½ Millionen durch neue Steuern oder durch Erhöhung alter Steuern seit den 40ger Jahren mehr aufgekommen. In dem Berichte, den unsere Commission über die Denkschrift abgestattet hat, wird auf Seite 17 darauf hingewiesen, daß, wenn Sie nun die von uns jetzt in Anspruch genommenen 4,080,000 Thlr. auf die Einwohnerzahl vertheilen, pro Kopf der Bevölkerung 7 Sgr. 1½ Pf. kommt, d. h. ein Betrag, mit dem Sie eine dreifache Steigerung votiren, die nach Ausweis der Denkschrift in einem 25jährigen Zeitraume im Ganzen stattgefunden hat. Ich weiß nicht, meine Herren! ob Sie das bedenklich finden oder nicht. Wollen Sie erwägen, daß der Maßstab der Kopfzahl überhaupt ein zutreffender ist! Die Steuerkraft nimmt nicht immer mit der Kopfzahl zu, sondern sie nimmt mit derselben ab. Ich erinnere Sie nur an die Weber-Districte in Schlesien und frage Sie, ob Sie meinen, daß mit der Zunahme der dortigen Bevölkerung auch die Steuerkraft derselben zugenommen hat. Ich muß mich überhaupt gegen den Satz verwahren, der gestern von dieser Tribüne ausgesprochen ist, daß die Steuerkraft des Landes noch nicht erschöpft sei, und man wohl noch mehr Steuern auflegen könne. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellen will, so hat die Steuerkraft im Lande nie ein Ende oder würde nur erst dann ein Ende haben, wenn sie vollständig erschöpft ist. Das, meine Herren! glaube ich, wollen Sie doch wohl nicht. Könnte man es wohl je für ein Glück halten, daß so viel Steuern aufgelegt werden, daß man sie nur noch mit Mühe und Noth durch den Executor eintreiben kann?! Man müßte denn ein solcher fiscalischer Kraitado sein, daß man es für ein Glück hält, daß der Staat aus den Steuern so viel Einkünfte wie möglich hat, weil er ja in seiner bureaukratischen Weisheit die tausend Thaler, die er dem Privatmann als Steuer nimmt, viel besser verwalten würde, als dieser selbst? Einer solchen Theorie wird wohl von keiner Seite des Hauses beigestimmt werden können. Mit Hinzurechnung der von uns geforderten 4,080,000 Thlr. würde sich die Steuerlast seit 1842 bis heute auf 12,719,085 Thlr. erhöhen. Wollen Sie nun erwägen, ob gleichmäßig wie die Steuerlast auch die Staatsschulden gestiegen sind. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen darüber einige Zahlen mittheile. Am 1. Januar 1823 betrug die Staatsschuld — verzinsliche und unverzinsliche — 217,845,558 Thlr.; am 1. Januar 1833 betrug dieselbe 174,868,830 Thlr.; am 1. Januar 1843 betrug sie 138,482,645 Thlr.; und am 1. Januar 1857 beträgt sie 253,591,631 Thlr., d. h. meine Herren, in dem erstangegebenen Jahrzehnt haben die Schulden abgenommen um 42,976,728 Thlr.; im zweiten Jahrzehnt um 36,386,185 Thlr., und seit dem 1. Januar 1843 haben sie zugenommen um 115,108,986 Thlr. Meine Herren, wollen Sie dabei noch folgender Betrachtung Raum geben. Nach dem Staatsschuldengesetz von 1820 sollte in einem zehnjährigen Zeitraum, wie die Amortisation vor sich gehen würde, auch der Steuererlaß eintreten. Derselbe trat im zweiten Jahrzehnt 1842 wirklich ein. Wollen Sie bedenken, daß seither nicht allein die Staatsschuld zugenommen hat, sondern auch der Steuererlaß nicht eingetreten ist, obgleich wir amortisirten. Ich weiß nun wohl, daß man einwerfen wird: unter diesen 115 Millionen befänden sich sehr erhebliche Activa, die in Eisenbahnen u. s. w. angelegt sind; ich leugne dies keineswegs, doch, glaube ich, betragen sie nur einige 40 Millionen, und bleibt nach Abzug derselben immer noch eine recht hübsche Summe für die eigentliche Schuld übrig. Auch ist die Behauptung, daß die Eisenbahnen in jedem Falle ein Activum wären, noch nicht bewiesen; bis jetzt müssen wir noch die Zinsen zahlen, und in so fern sind sie noch Schulden; daß sie dies künftig nicht sein werden, will ich nicht bestreiten, wenigstens hoffen. Erwägen Sie nun ferner, daß gleichermaßen wie die Schulden und die Steuern in unserem Vaterlande zugenommen haben, auch die Lust — ich möchte sagen, die Sucht, Schulden zu machen — sich vermehrt hat. Bedenken Sie, wie auf jedem Kreistage, Provinzial-Landtage und allgemeinen Landtage, wie man uns nennen könnte, alle nur zu bereit sind, für Chausseen, Eisenbahnen, Telegraphen und alle möglichen productiven Anlagen Schulden zu machen. Ich bin, meine Herren, gewiß der Letzte, der den productiven Anlagen, so weit sie wirklich productiv sind, nicht auch das Wort redete; aber es scheint mir doch, als wenn man auf diesem Wege der Ueberstürzung sehr nahe wäre, und wollte ich davor warnen, daß nicht in jedem Falle, wie wir neulich gesehen haben, bei drängenden Anträgen der Satz aufgestellt wird, productive Anlagen seien unter allen Umständen gut, und wir müssen dazu dem Hrn. Handelsminister stets die Fonds bewilligen. (Sehr richtig!) Bedenken Sie aber auch ferner, wie, abgesehen von dieser Lust, Schulden zu machen, auch noch die anderweiten Bedürfnisse in außerordentlicher Weise gestiegen sind. Ich fordere Sie auf, mit mir einen Blick auf die verehrten Herren Minister zu werfen. (Heiterkeit.) Glauben Sie, meine Herren, daß der Herr Minister-Präsident als Minister des Auswärtigen nicht außerordentlich viele und dringende Bedürfnisse hat, um Preußen mit demjenigen Glanze im Auslande zu vertreten, der einer Großmacht, wie der unsrigen, vor allen Dingen zukommt? Ich glaube, Sie werden erschrecken, wenn Sie von den auswärtigen Gesandtschaften hören und ihren dringenden Bedürfnissen, und ich glaube, daß die Zeit längst vorüber ist, wo Friedrich der Große einem Gesandten in London, der auch einen bedeutenden Zuschuß zu seiner Repräsentation haben wollte, sagte: „Gehe er nur zu Fuß und denke er, daß ich mit 200,000 Mann hinter ihm bin, dann wird er das nöthige Ansehen haben." (Heiterkeit.) Auf diese Weise statten wir jetzt die Gesandten nicht mehr aus. (Ruf links: Nein, sehr richtig!) Bedenken Sie ferner alle die dringenden Bedürfnisse, die der Hr. Handelsminister hat; glauben Sie, daß in seinem Portefeuille nicht noch sehr viele nützliche Anlagen sind, die Sie alle sehr bereit sein würden, sofort zu unterstützen, und glauben Sie nicht, daß diese Anlagen sehr viel Geld kosten würden, besonders wenn sie in dem neueren Geschmack und in dem modernen Stil ausgeführt würden. (Heiterkeit rechts.) Bedenken Sie, was der Hr. Minister des Innern für Bedürfnisse hat für die Polizei und das Gefangenwesen; wie viele Zuchthäuser sind noch anzulegen und wie viel Polizei-Directoren sind noch anzustellen. Wir haben einen kleinen Blick in diese Verhältnisse und Bedürfnisse gethan, indem der Hr. Minister sie in der Commission mit einer dankenswerthen Offenheit dargelegt hat. Nun denken Sie noch an den Hrn. Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten, auch an die Kirchen und Schulen, denken Sie gar an den Hrn. Kriegsminister, da würde man kaum mit einigen Millionen reichen, die noch anderweit verwendet werden könnten. Ich will mit alledem nichts Anderes beweisen, als daß, wenn Sie sich überhaupt auf diesen Weg begeben, daß Sie Steuern bewilligen zu müssen glauben, wenn irgend einer der Herren Minister ein Bedürfniß dieser Art Ihnen klar legt, so glaube ich, daß auf diesem Wege kein Ende zu finden ist, und ich warne Sie, auf demselben weiter zu gehen. (Bravo! rechts) Ich will nun mit meinem Nein nichts weiter bezwecken, als daß wieder der alte gute Preußische Grundsatz Platz greifen möge, daß die Ausgaben sich nach den Einnahmen zu richten haben, und daß man nicht vor uns hintrete und erst die Ausgaben und Bedürfnisse in spe skizzire, viel anders kann ich die Beweisführung in der Denkschrift nicht nennen, und dann sage: ja, ihr habt das Budget bewilligt, nun schafft auch die Mittel! Auf diesem Wege ist kein Ende abzusehen, und ich fürchte sehr, daß, wenn Sie ein unbedingtes Ja zu allen Steuervorlagen aussprechen, der Finanzwagen auf einen holprigen Weg geführt, und daß er zuletzt trotz aller Eisenbahnen im Sande stecken bleibt. (Bravo! rechts.) Es wäre nun noch meine Pflicht, den zweiten Theil ausführlich vorzulegen, wie in dem modernen Constitutionalismus die Gefahr liegt und wie durch unser Ja diese Gefahr bestärkt wird, daß durch denselben die Bureaukratie und das Centralisationswesen noch bedeutender gemacht wird. Indessen glaube ich mich kurz fassen zu können, da ich hoffe, daß ich die allseitige Zustimmung in dem, was ich sagen will, finden werde. Der Herr Abg. Herzberg hat meines Erachtens gestern vorgegriffen in seinem Panegyrikus auf das Beamtenthum, dem er selbst angehört, ich glaube, er hätte besser gethan, abzuwarten, ob Angriffe gegen dasselbe kommen würden. (Bravo!) [illegible] einfallen, solche Angriffe hier zu machen, die eine solche Erwiderung nöthig machten, ich bin mir auch nicht bewußt, daß irgend eine derartige Aeußerung in der Commission vorgekommen ist, vielmehr bin ich überzeugt und weiß, daß eben so gut, wie alle anderen Unterthanen Sr. Majestät des Königs, eben so auch die Beamten dazu beigetragen haben, den Glanz und den Ruhm unseres Vaterlandes zu vermehren. Ich bin nicht so blind, daß ich dergleichen Anschuldigungen aussprechen sollte, worauf solche Erwiderungen nöthig wären. Ich brauche meine Augen nur auf unsere Nachbarn nach Osten, Süden und Westen zu richten, und weiß recht gut, meine Herren, was wir zu halten und zu rühmen haben von der Integrität unseres Beamtenstandes. Aber das, meine Herren, werden Sie mir nicht ableugnen können, daß wenn 60 Bataillone Beamten in Kriegsstärke — so hat man sich in der Commission ausgedrückt — anfangen zu schreiben, zu revidiren und zu superrevidiren, daß dann allerdings sehr viel geschrieben und revidirt werden wird (Heiterkeit rechts), und ich glaube, daß hier die Schreiberei und die Schreiber in einer angenehmen Wechselwirkung stehen: je mehr geschrieben wird durch die 60 Bataillone, desto mehr werden dann diese Schreiber durch die Schreiberei wieder vermehrt werden müssen. Also auch nach dieser Richtung hin möchte ein unbedingtes Ja wieder Gefahren für das Vaterland bringen. Werfen Sie, meine Herren, einen Blick auf dies Haus; ich möchte an die Landräthe, die hier sind, appelliren, wenn sie allen ihren Gefühlen, die sie im Busen tragen, Ausdruck geben wollten, was würden da für Klagen herauskommen über Schreiberei und über die Regiererei vom grünen Tisch. Daß alle Preußischen Beamten, die im Verwaltungsleben stehen, Klagen über zu viel Regiererei führen, das Factum wird jeder einräumen. Ich glaube, daß viel Regiererei und viel Schreiberei eben so gut, wie manches andere, zu den Sünden und Seufzern des Landes gehört, für dessen Abwendung wir alle Sonntage beten. Mein „Nein!" in diesen Steuersachen soll also nicht ein Mißtrauensvotum gegen unsern Beamtenstand sein. Es soll vielmehr ein Votum dafür sein, daß ich damit anstreben will, daß man nicht weiter centralisire sondern decentralisire, daß man nicht weiter diejenigen Behörden vermehrt, die zur Aufsicht sind über die ausübenden Behörden, daß man sich Organe in den Kreisständen u. s. w. sucht, die einen großen Theil der Arbeiten vielleicht umsonst machen. Ich weiß, es wird gesagt werden: Was helfen alle diese frommen Wünsche, damit wird doch keinem Nothleidenden irgendwie eine Hülfe. Das weiß ich sehr gut, aber wer nicht einmal den Willen hat, auf diesem Wege anzufangen, der wird es gewiß nicht erreichen, und daß über diese Sache doch auch gewiß schon mehr als bloße Ideen zu Tage gekommen sind, das könnte ich Ihnen beweisen mit dem Hinweis auf eine kleine Broschüre, die im Sommer zu Stettin, bei Graßmann, erschienen ist, die über dies Thema einige anleitende Auskunft giebt. Ich will also, wie gesagt, mit diesem Nein kein Mißtrauensvotum dem Beamtenstande Preußens geben und ich bin mir wohl bewußt, daß man dem, der dies unternehmen wollte, zurufen müßte: „Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn Du greifst, so greife fest!" (Heiterkeit.) Meine Herren! Ich würde schon aus diesen allgemeinen Gründen gegen die Steuern zu votiren haben. Es liegt mir aber noch ob, einige Behauptungen zu widerlegen, die man theils von der Tribüne, theils sonst hört, einige Gründe, die man anführen hört für die Bewilligung der Steuern. Man sagt zuerst, ja meine Herren, Ihr erkennt die Präsenzzeit an, die Nothwendigkeit, einigen Beamtenklassen zu helfen; nun verschafft auch die Mittel. Ihr bewilligt das Budget, also müßt Ihr auch die Mittel beschaffen. Meine Herren! So lasse ich mich nicht captiviren. Ich halte das nicht für eine echt ständische Aufgabe, die Verwaltung der Regierung so zu controliren, daß man unausgesetzt bemüht ist, von dem Budget etwas abzusetzen. Ich bewillige die Steuern — mögen die Minister damit auskommen. Ueberzeuge ich mich, daß sie damit nicht auskommen können und daß das Bedürfniß so dringend ist, daß neue Steuern bewilligt werden müssen, so thue ich auch das (Stimmen rechts: Sehr gut!): davon bin ich aber durch die vorliegende Denkschrift nicht überzeugt, und darum bleibe ich bei meinem Nein, und halte es für practischer, diese Steuern abzulehnen, als unausgesetzt sich zu bemühen, Ausgaben abzusetzen. (Bravo rechts.) Man sagt zweitens: „wenn auch die Bedürfnisse nicht genügend motivirt sind, so müssen wir doch die Steuern bewilligen, denn wir construiren uns das Bedürfniß anders. Wenn auch in der Denkschrift dieser Beweis keineswegs schlagend geführt ist, daß zur Herstellung der dreijährigen Präsenzzeit und zur Verbesserung der Beamtengehälter neue Steuern nöthig sind, so muß ich doch als guter Patriot für die Steuergesetze stimmen, denn ich habe das Gefühl, daß die Herren Minister noch sehr erkleckliche Summen gebrauchen" M. H.! Ich bitte Sie, zu bedenken, auf welchen Weg begeben Sie sich da? Sie begeben sich auf den Weg der Conjectur, auf den Weg der Phantasie, um dem Lande neue Steuern aufzulegen. Sind derartige Bedürfnisse wirklich da, so behalte ich mir vor, als Mitglied dieses Hauses mein Votum abzugeben, wenn das Ministerium mit diesen Bedürfnissen hervortreten wird. Daß ich mir aber Bedürfnisse selbst schaffen sollte, um die Mittel dafür zu votiren, das halte ich — nehmen Sie mir den Ausdruck nicht übel — für eine wahre rabies, Steuern zu bewilligen. Was würden wohl die alten Stände gesagt haben, wenn ein Fürst zu ihnen herangetreten wäre und gesagt hätte: „Gebt mir Steuern, ich muß Krieg führen." Würden die wohl gesagt haben: „Wir können Dir keine Steuern geben, denn der Krieg taugt nichts. Aber Du verstehst es nur nicht, Du willst ja eine Prinzessin ausstatten, dazu werden wir es Dir geben." Ich glaube doch, meine Herren, so Etwas hätten unsere Vorfahren nie gethan. Man sagt aber noch ferner: wenn wir diese Steuern und namentlich speciell die arme Salzsteuer nicht bewilligen, dann wird die Grundsteuer kommen. Nun, meine Herren, ich habe bis jetzt noch nicht gehört, daß das Drängen nach der Grundsteuer gerade aus finanziellen Gründen geschehe. Freilich hat uns der Hr. Abg. Diergardt neulich eine sehr hübsche finanzielle Perspective eröffnet, indem er sagte, daß dadurch ein Mehr von 40,000,000 einkommen könnte. Ja! meine Herren, wenn das geschehen könnte, dann glaube ich, könnte ich mich auch noch dafür begeistern. Das ist aber nicht der Fall. Seien Sie überzeugt, diejenige Partei und Richtung in unserem Lande, die auf Ausgleichung der Grundsteuer dringt, kommt alle Jahre mit dieser Forderung, und wenn Sie alle Jahre ein, zwei, drei indirecte und directe Steuern bewilligen. Das hat mit der Finanzlage des Landes gar nichts zu thun. Ich gebe Ihnen ferner zu bedenken, meine Herren, daß es sich bei der Salzsteuer um ein finanzielles Resultat, um das Einkommen von Geld handelt. Handelte es sich bei der Grundsteuer ebenfalls nur darum, so würde ich lieber für die Grundsteuer votiren, als daß ich in den Salztopf der Armen griffe. (Bravo!) Im Gegentheil, die Lage, in der sich die Grundsteuerfrage befindet, die Vorlage der Königl. Staats-Regierung vom Jahre 1852, glaube ich, das beständige Drängen von dieser (der linken) Seite des Hauses in Petitionen und Anträgen, die oft, wenigstens im vorigen Jahre, dem Herrn Finanzminister gerade nicht so ungelegen zu kommen schienen, ferner die diesjährige Vorlage in Bezug auf die Gebäudesteuer und das kleine unschuldig aussehende Gesetzchen über die Grundsteuer, die Vorläufer und Mauerbrecher der großen politischen Maßregel, könnte mich eher bestimmen, umgekehrt, so lange nach dieser Richtung hin vom Finanz-Ministerium operirt wird, den Grundsatz aufzustellen, daß man volle Ursache habe, keine anderen Geldmittel zu bewilligen, bis diese Frage in unserem Sinne erledigt ist und nicht im Sinne der Linken. Man sagt aber auch endlich noch: ja, meine Herren, wenn nun auch nicht in der Denkschrift das Bedürfniß nachgewiesen ist, wenn wir die vorgelegten Steuern auch nicht in allen Beziehungen für zweckmäßig halten, so müssen wir doch in jedem Falle eine Steuer bewilligen, denn es würde der Andrang durch ein vollständig ablehnendes Votum gegen das Staats-Ministerium zu stark sein und es ist die Aufgabe der conservativen Partei, ihrer Geschichte gemäß, das nicht zu thun. Meine Herren, ich habe eine andere Meinung von unserm Staats-Ministerium. Ich bin mir wohl bewußt, daß gerade mit Hülfe unserer Partei der unglückliche Grundsatz in unserm Vaterlande niemals Platz gegriffen hat, daß durch unsere Majoritäten ein Ministerium in Preußen irgendwie erschüttert werden könnte. Ich bin mir aber auch bewußt, daß eine derartige Erschütterung nicht stattgefunden hat, als wir auf der äußersten Rechten, wie man uns sonst zu nennen pflegt, dafür gestimmt haben, daß die Gemeinde-Ordnung von 1850 nicht zur Ausführung kam, als wir damit Opposition machten. Ich habe keine wesentliche Erschütterung des Ministeriums bemerkt, als uns vor zwei Jahren eine zweite Vorlage gemacht wurde, welche in der damaligen Commission so wenig Anklang fand, daß sie zurückgezogen wurde, ich habe keine Erschütterung bemerkt, als wir im Jahre 1852, im Verein mit der Linken, die Grundsteuer ablehnten. Ich habe nicht gefunden, daß viele der Herren bei dem Ehescheidungsgesetz Bedenken gehabt haben, demselben recht entschieden und scharf entgegenzutreten im Verein mit der Linken. Ich [illegible] zu fürchten haben, wenn wir mit bestem Wissen und Gewissen zu den neuen Steuervorlagen „Nein" sagen. Ich meinerseits gebe mit meinem „Nein" weder dem Staatsministerium noch speciell dem Hrn. Finanzminister irgendwie ein Mißtrauen zu erkennen, im Gegentheil, ich habe die Absicht, gerade den Geist und den Sinn zu stärken, der in Preußen immer gang und gäbe gewesen ist, den, wie ich glaube, auch der Hr. Finanzminister vertritt, nämlich den Geist der Sparsamkeit und der Ordnung, und ich weiß, daß in dieser Beziehung der Hr. Finanzminister uns als seine treuen Verbündeten ansehen wird. Indeß, meine Herren, was heißt es, daß Sie uns ermahnen, nicht mit der Linken zu stimmen? Soll der Grundsatz aufgestellt werden bei diesen Steuervorlagen, daß die Majorität niemals und unter keinen Umständen mit der Linken stimmen darf? Meine Herren, was geben Sie da dem Ministerium für eine Gewalt, Sie machen sich ja vollständig unmöglich, irgendwie auf diesem Wege zu einem selbständigen Votum zu kommen. (Bravo!) Das kann damit nicht gemeint sein. Wenn man uns ermahnt, wie der Abg. Herzberg gethan hat, wir sollten nicht mit der Linken stimmen gegen alle unsere früheren Antecedenzien, so hätte ich gewünscht, daß der Herr Abgeordnete sich weniger mit unseren Personen, aber mehr mit unseren Principien beschäftigt hätte. (Bravo!) Er würde dann gefunden haben, daß meine speciell, die Partei, der er öfter durch sein Aufstehen unter der Uhr sein Mißfallen zu erkennen giebt, sehr treu ihrem Princip gestimmt hat, und daß wir uns sehr wohl bewußt sind, daß wir durch einen sehr breiten Principienstrom von den Herren auf der Linken getrennt sind, und die Herren (zur Linken deutend), glaube ich, werden davon ebenso überzeugt sein. (Ja! Ja! große Heiterkeit.) Es ist mir mehr als zweifelhaft, ob der Principienstrom, der den Herrn Herzberg und die Herren von der Linken trennt, ebenso breit ist, wie der, der uns trennt. Man kann, hoffe ich, mit der Linken stimmen, oder deutlicher gesagt, sich nicht fürchten, daß die Linke mit uns stimmt; es ist aber ein himmelweiter Unterschied, ob man mit der Linken oder ob man links stimmt, d. h. ob man nach rechten Principien oder ob man nach linken Principien stimmt. (Bravo!) Wenn der geehrte Abgeordnete auch die stenographischen Berichte gelesen hätte, in denen seine Abstimmungen notirt sind, so würde er vielleicht gefunden haben, daß er viel mehr links stimmt, als wir; und gerade bei der jetzt vorliegenden Frage glaube ich dem Herrn beweisen zu können, was es für ein Unterschied ist, links zu stimmen und mit der Linken zu stimmen. Wir haben mehrere Steuervorlagen, eine über die Gebäudesteuer, die andere über die Salzsteuer: die Herren, die so [illegible] sind, daß sie gar nicht dem Staatsministerium entgegentreten wollen, die werden das Vergnügen haben, mit vielleicht dem größten Theile der Linken für die Gebäudesteuer zu stimmen; wir dagegen werden vielleicht mit einer ansehnlichen Majorität der Linken gegen die Salzsteuer stimmen. Nun frage ich Sie, ist es mehr links, für die Gebäudesteuer zu stimmen, oder ist es mehr rechts gegen die Salzsteuer zu stimmen? Die Grundsteuer basirt sich auf ein linkes Princip — und daß die Gebäudesteuer dem Wesen nach eine solche sei, hat der Abg. Osterrath gestern schlagend bewiesen und hätte er es nicht durch seine Rede gethan, so würde er es mit seiner Abstimmung und der Abstimmung seiner politischen Freunde beweisen. Die Herren erkennen nicht das Bedürfniß an, sie wollen für den Antrag des Abg. v. Patow stimmen, aber die Gebäudesteuer ist nach ihren linken Principien so anziehend, daß sie dafür doch stimmen müssen, sie mögen wollen oder nicht. (Bravo und Heiterkeit.) Ich empfehle Ihnen darüber nachzudenken, was es heiße mit der Linken zu stimmen. Meine Herren, ich glaube, daß unsere Opposition, wie sie dem Vaterlande nach meiner Auffassung schon oft die wesentlichsten Dienste geleistet hat auf dem politischen Gebiete durch Reactien und durch Stimmen gegen das Ministerium, eben so auch auf diesem Gebiete, welches wir jetzt betreten haben, auf dem Gebiete der Finanzen dem Vaterlande den allerwesentlichsten conservativsten Dienst leisten wird. Deshalb bitte ich diejenigen, die mit mir einer Meinung sind, daß sie sich nicht beirren lassen, und weder nach oben noch nach unten, weder nach rechts noch nach links blicken, sondern daß sie sich wie ein Mann erheben und mit mir stimmen! Meine Herren, ich bitte Sie, erheben Sie mit mir Ihre 704 Daumen und legen sie fest auf den Geldbeutel. Das ist ständisch! (Großer Beifall.)

Abg. Lehnert: Ich ergreife das Wort als zur Minorität der Commission gehörig. Man muß zu der Regierung das Vertrauen hegen, daß sie, wiewohl mit schwerem Herzen, den durch die Nothwendigkeit bewogen, die Vorlagen gemacht hat. In Betreff der Präsenzzeit der Armee hat die Commission anerkannt, daß eine Discussion im Hause nicht stattzufinden habe. Ich bin vollkommen dieser Meinung und will mich deshalb zur Frage der Erhöhung der Gehalte der Beamten wenden. Ich nenne es Erhöhung, denn eine solche ist nöthig, da durch die Verminderung des Geldwerths das Gehalt der Beamten eine Schmälerung erfahren hat. Man wirft der Regierung vor, daß sie keine neuen Gehaltsnormen aufgestellt habe. Aber die Regierung ist keineswegs verpflichtet, dies zu thun. Es genügt, daß das Bedürfniß zu einer Abhilfe nicht bezweifelt werden kann. Die Normal-Etats unterliegen nach constitutionellen Principien keineswegs der Genehmigung der Landesvertretung. Die Aufdeckung des Bedürfnisses und der Beamtennoth hat traurige Scenen zur allgemeinen Kenntniß gebracht; da erfordert es wohl die Ehre des Staats, daß eingeschritten werde, eben so sehr aber auch sein Vortheil. Privatgesellschaften zahlen jetzt schon Gehalte, wie sie der Staat nicht zu zahlen vermag. Ist nicht zu fürchten, daß gerade die tüchtigsten Kräfte sich vom Staatsdienst abwenden werden, und noch mehr, daß unter den niederen Beamten endlich die Integrität leide? Als Auskunftsmittel hat man die Verminderung der Beamten vorschlagen. Das war zu erwarten. Der ganze Streit ist ein Streit zwischen der Grund-Aristokratie und der Bureaukratie, der fälschlich sogenannten Bureaukratie. Das Preußische Volk ist niemals mit seinen Beamten unzufrieden gewesen, der Beamtenstand ist mit dem Volk verwachsen vom Scheitel zur Sohle. Besonders die Justiz hat man kostspielig gefunden und Ausstellungen gegen dieselbe gemacht. Ich glaube wohl, daß manchen Leuten die Justiz unbequem ist. (Zustimmung von Seiten der Fraction Büchtemann); der Richter entscheidet nach Gesetzen, wer gegen den Richterstand ist, der ist auch gegen das Gesetz. Wären mehr Juristen in der Commission gewesen, so würde der Bericht anders gelautet haben. Als fehlerhaft ist in der Commission das Preußische Hypothekenwesen bezeichnet und dabei auf Mecklenburg hingewiesen worden. Merkwürdig ist es nur, daß man seit 20 Jahren sich bemüht, die Preußische Hypotheken-Ordnung in Mecklenburg einzuführen, und daß dies nur an der eigenthümlichen Zusammensetzung des dortigen Landtags scheitert. Die Beamten könnten nicht in so schlimmer Lage sein, behauptet man, da ja so Viele sich zum Beamtenstand drängten. Es kommt dies eben daher, weil der Staat ein festes Gehalt, im Alter Pension und nach dem Tode den Wittwen und den Kindern ebenfalls Pension gewährt; es kommt ferner daher, weil unter den Beamten ein Kastengeist sich eingebürgert hat, so daß der Sohn gewöhnlich der Laufbahn des Vaters folgt; daß endlich der Beamte nicht der Willkür ausgesetzt ist, wie der im Privatdienst Befindliche, etwa der Inspector eines Rittergutsbesitzers. Man hat der Regierung den Vorwurf gemacht, sie gehe zu bevormundend zu Werke. Dieser Vorwurf stammt aus dem Jahre 1848. Bei Ueberschwemmungen, bei Handelskrisen, hervorgerufen durch Speculationen, ruft alle Welt die Hülfe der Regierung an; man wünscht die Bevormundung, wo sie bequem, und verwünscht sie, wo sie unbequem ist. Von Ueberschüssen, auf die man die Beamten vertröstet, kann nicht die Rede sein, und es wäre auch kein normaler Zustand, wenn Jahr für Jahr das Budget mit Null gegen Null aufginge. Preußen ist kein armes Land, dies beweisen die täglich neu erstehenden industriellen Anstalten und die Tausende, die jeder neuen Unternehmung zufließen. Ich bitte Sie daher noch mehr im Interesse des Staates als der Beamten selbst, die gerechten Forderungen derselben zu erfüllen.

Abg. Harkort: Der Vorredner hat eine Lanze für das Beamtenthum gebrochen. Wir haben es nicht angegriffen, wir hegen nur den sehnlichsten Wunsch, von den sogenannten Nummertödtern befreit zu werden; weiter haben wir kein Interesse bei der Sache. Wenn wir verlangen, daß eine specielle Nachweisung gegeben wird über die vorhandenen oder zu bewilligenden Gelder, so ist der Grund dafür einfach der, daß wir wissen wollen, ob die Gelder auch an die Stätte kommen, wohin sie bestimmt sein sollen. Wir wollen der Liebhaberei, dem Nepotismus und dergleichen Dingen vorbeugen. Wenn ferner der Vorredner auf den Fall kam, weshalb so viele Beamte in diesem Hause sitzen, so ist das allerdings eine ungemein kritische Frage und wir müssen einen besonderen Tag ansetzen, um dies auszutragen. (Heiterkeit.) Eben so will ich dem geehrten Herrn sagen, daß der Strom, der meine Partei von der seinigen trennt, viel breiter und tiefer ist, als die Scheide zwischen den geehrten Herren dort (rechts). Dem Herrn v. Blanckenburg erwidere ich, daß ich betreffs der Revision der Verfassung nicht ganz seiner Ansicht bin, denn ich glaube, daß dabei einige Hausmittelchen gebraucht sind, die ein constitutioneller Doctor nicht billigen wird. (Heiterkeit.) Die edle Rechte heute auf [illegible] fragen, warum dies nicht früher geschehen ist, dann würden wir nicht so tief in die Tinte hineingerathen sein. (Heiterkeit. Bravo links.) Was das hohe Ministerium betrifft, so halte ich es für unerschütterlich; ich bin fest überzeugt, es wird seine Plätze nicht verlassen, es möchte denn zufällig das Haus in Brand gerathen. (Heiterkeit.) Zur Sache selbst will ich meine Meinung ganz freimüthig sagen, ohne Jemand verletzen zu wollen. Unsere Finanzen sind krank, da hilft kein Zuckerwasser, kein obligater Zeitungsartikel, keine ministerielle Rede, sondern eine Radicalkur muß stattfinden, und bis diese eintritt, bin ich allerdings der Meinung vieler Herren von der Rechten, daß man die Hand auf der Börse hält. (Heiterkeit.) Beleuchten wir die Sachlage. Ein Redner hat schon das Wachsen der Staatsschulden bezeichnet. Das Budget von 1849 betrug 88½ Mill., das von 1857 bietet Ihnen 120 Mill. Einnahmen, und dabei sind die Gemeindelasten fast um das Doppelte gestiegen. (Sehr wahr!) Das ist eine Schuldenmacherei im Frieden, die ich nicht billigen kann, und ich bin der Meinung, daß man sich nach den Regeln eines guten Hausvaters richte und in guten Zeiten den Pfennig sammle für schwierige Zeiten (Bravo). Was giebt man uns für eine Abhülfe bei dieser Gelegenheit? Man sagt, neue Steuern, und manche Herren von der rechten Seite können uns nicht genug preisen, wie opferfähig sie seien. Wenn Sie diesen Herren glauben wollen, so steht der ganze Dönhofsplatz voller Leute, die kleine Rothschilds sind und die ihre Börsen dem Herrn Finanzminister gefälligst zum Opfer bringen wollen (Heiterkeit). Das ist aber nicht der Fall. Die dort kaufenden Leute*) brauchen ihre Groschen und Pfennige zu den dringendsten Lebensbedürfnissen, und die dürfen wir ihnen nicht schmälern. Daß wir nicht fortgeschritten sind, kann ich Ihnen mit unumstößlichen Zahlen beweisen. Das Volk lebt nicht vom Papierschwindel, sondern von seiner Hände Arbeit. Die Leute, die in Papier machen, verdienen, wie Montalembert sagt, ihr Geld ohne Ehre und ohne Arbeit. (Lebhaftes Bravo.) Der tüchtige Mittelstand ist der Träger des Staats, und der hat nicht gewonnen in den letzten Jahren. Nehmen Sie die jüngste Volkszählung zur Hand und Sie werden finden, daß der Fortschritt der Bevölkerung abgenommen hat. — Was die Bedürfnißfrage anlangt, so ist es uns nicht eingefallen, die Noth der Beamten zu läugnen; wir haben sie schon im vorigen Jahre anerkannt. Es wird sich aber fragen: in welcher Weise zu helfen sei? Wir wollen nicht neue Steuern; wir haben nachgewiesen, wo neues Geld zu finden ist. Nehmen Sie den Schlüssel zum Koffer und verwenden Sie es. Unsere Steuern wachsen jährlich um etwa eine Million in der Einnahme. Darin liegen allerdings Mittel, um hier und da manche gute Lücke zu füllen. Wir möchten aber das Schreibereiwesen vermindert haben, denn diese Schreiberei macht den Beamten verdrießlich und laß in seinem Amte und ist eine ungeheure Schererei für die, welche verwaltet werden. Setzen Sie lieber eine Prämie aus für den, der wenig schreibt und gut verwaltet (große Heiterkeit), das wäre viel angemessener. — Ich komme jetzt zu dem delicatesten Gegenstand meiner Betrachtung, dem Militairbudget. Ich erlaube mir einmal, jetzt die Sache ohne seidene Handschuhe, jedoch in schuldiger Hochachtung gegen unsre treffliche Armee, anzufassen. Der Militair-Etat ist, ehrlich gesagt, die Quelle aller unserer wachsenden Verlegenheiten, das läßt sich genau mit Zahlen beweisen. Wir verwenden, wie schon gestern Hr. von Patow bewiesen hat, fast die Hälfte unserer reinen Einkünfte auf das Militair. Ich erinnere an das Wort des großen Friedrich, daß zum Kriege drei Mal Geld gehört. Wenn wir aber im Frieden ausgeben, was für den Krieg gehört, so wird diese ganze schöne Armee ihren Dienst nicht leisten können. Friedrich der Große hatte eine Einnahme von acht und dreißig Millionen, und davon gab er etwas über ein Drittel für die Armee aus. Er hat im Lande gewaltige Meliorationen ausgeführt und einen Schatz von 80 Millionen hinterlassen. Ich glaube, m. H., diese Art zu verfahren ist sehr empfehlenswerth. Es scheint mir wirklich, ohne dem Patriotismus zu nahe zu treten, daß wir zu hoch streben. Wir sind in der Reihe der Großmächte allerdings die kleinste, sie sind uns einzeln physisch um das Doppelte überlegen. Wenn Frankreich eine Armee hat von 7, Oesterreich von 6, Rußland von 9 Hunderttausend, so können wir nicht mitkommen. Wir sind auf Volksbewaffnung angewiesen, deshalb bin ich auch gegen die dreijährige Dienstzeit, weil sie zu unseren Kräften gar nicht paßt. Ich halte diese Frage auch mehr für eine politische, als für eine militairische. Es ist ein alter Grundsatz, je länger Sie den Soldaten bei der Fahne haben, um so mehr entfremden Sie ihn dem väterlichen Heerde. Vergessen Sie doch die Lehren der Geschichte nicht! Die Victoria vom Brandenburger Thore ist verloren worden durch die wohlgeschulte, langgediente Armee Friedrich's des Großen und ist wieder zurückgebracht worden durch das Volksheer. Ich möchte fragen, ob die Landwehr-Bataillone 3 Jahre gedient haben, die bei Großbeeren und Dennewitz schlugen, oder das Landwehr-Bataillon „Königsberg", welches unter Friccius das Thor von Leipzig einschlug, oder das Landwehr-Bataillon Neumark, welches bei Zütphen den Reigen führte, oder das Landwehr-Bataillon aus Westphalen, welches zuletzt von dem Schlachtfeld bei Ligny wich. Jetzt kommen unsre papiernen Taktiker und sagen: es ist Alles purer Schein gewesen. Dagegen muß ich protestiren Namens der Tausende, die auf dem Felde der Ehre ruhen, und im Namen derer, die

*) Der Dönhofsplatz, an welchem das Haus der Abgeordneten liegt, ist zugleich ein Marktplatz.